Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Großbritannien
2. Gekürzte Menschenwürde
3. Hartz IV und die Matching-Effizienz oder – Wozu dient die Volkswirtschaftslehre?
4. Azubimangel – Ein modernes Arbeitgeber-Märchen
5. Neue Erhebung: Krankenhäusern fehlen mehr als 50.000 Pflegekräfte
6. Schuldenbremse ist Investitionsbremse
7. Eine neue Wachstumsstrategie
8. Augsburger Weihnachtsmarkt: Ein merkwürdiges Verbrechen
9. Schwere Vorwürfe gegen das BKA – Vernehmung bestätigt folgenschwere Fehleinschätzung
10. Problemfall KSK
11. Die Story im Ersten: Der Milliarden-Maurer vom Rhein
12. Bunter Vogel flieg
13. Zu guter Letzt: Andreas Scheuer in Wahrheit Experiment der Regierung, wie viel Inkompetenz Bürger zu ertragen bereit sind

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Großbritannien**
   a. **Die Gänse haben für Weihnachten gestimmt**
   Boris Johnson hat die Wahl haushoch und geradezu triumphal gewonnen, er kann jetzt durchregieren. Verloren haben Anstand, Aufrichtigkeit und Integrität. […]
   Boris Johnson kann fortan praktisch tun und lassen, was er will. Er hat keine natürlichen Feinde mehr.
   Man muss nicht Sozial- oder Liberaldemokrat sein, um von diesem Erdrutsch, der sich da in England ereignet hat, schockiert zu sein. Denn die eigentlichen

Verlierer dieser Wahl sind nicht die Labour-Partei und die vielen Stimmen der Vernunft auf allen Seiten des politischen Spektrums. Die eigentlichen Verlierer sind Anstand, Aufrichtigkeit und Integrität. […]
Kann aber auch sein, dass der nun endgültig entfesselte Johnson seinen zerstörerischen Kurs fortsetzt, mit dem er seit seinem Amtsantritt das Vereinigte Königreich überrollt hat. Dass er die Schotten und Nordiren weiter vor den Kopf stößt.
Und dass er sein Land so weit wie möglich weg führt von der EU, um das gesellschaftszersetzende Deregulierungs- und Privatisierungswerk seiner Vorgänger fortzusetzen – mit Niedrigsteuersätzen und einem Hire-and-fire-Arbeitsmarkt, wie man es auf der anderen Seite des Atlantiks gewohnt ist. Trump und die nun erstarkten Brexit-Radikalen in seiner eigenen Partei werden Johnson massiv dazu drängen. Egal, wie hoch der Preis sein mag.
Quelle: SPIEGEL Online

b. **Resolution**
It is very difficult to collect my thoughts into something coherent after four hours sleep in the last 48 hours, but these are heads of key issues to be developed later.
I have no doubt that the Johnson government will very quickly become the most unpopular in UK political history. The ultra-hard Brexit he is pushing will not be the panacea which the deluded anticipate. It will have a negative economic impact felt most keenly in the remaining industry of the Midlands and North East of England. Deregulation will worsen conditions for those fortunate enough to have employment, as will further benefits squeezes. Immigration will not in practice reduce; what will reduce are the rights and conditions for the immigrants.
Decaying, left-behind towns will moulder further. The fishing industry will very quickly be sold down the river in trade negotiations with the EU – access to fishing (and most of the UK fishing grounds are Scottish) is one of the few decent offers Boris has to make to the EU in seeking market access. His Brexit deal will take years and be overwhelmingly fashioned to benefit the City of London.
Quelle: Craig Murray

c. **Wahlsieg mit Chancen**
Boris Johnsons deutlicher Erfolg bringt dem Land dringend nötige Stabilität. Er eröffnet auch der Linken die Möglichkeit, sich neu zu erfinden. […]
Das wurde ja auch Zeit. Boris Johnson gewinnt die Wahlen in Großbritannien deutlich – und mit dreieinhalb Jahren Verspätung findet das Brexit-Referendum von 2016 seine folgerichtige Umsetzung in der Politik. […]
Ein erneutes Patt im Parlament, angesichts der Umfragenwerte die einzige

mögliche denkbare Alternative, hätte Großbritannien im politischen Chaos des vergangenen Herbstes erstarren lassen, mit einer blockierten Legislative, einer gelähmten Regierung egal unter wessen Führung, erneuten Brexit-Verschiebungen und massiven Streitereien über ein mögliches weiteres Referendum. Polarisierung und Gereiztheit hätten auf allen Seiten weiter zugenommen. […]
Die britische Linke kann sich jetzt vom Corbyn-Irrweg lösen, den Brexit hinter sich lassen, sich von Grund auf neu erfinden und eine Grundlage für eine progressive Politik ohne Hass und Vorurteile schaffen, die sich den Herausforderungen der Zukunft stellt.
Quelle: Dominic Johnson in der taz

Anmerkung Jens Berger: *Das ist die taz des Jahres 2019. Man findet den Wahlsieg der rechten neoliberalen Tories gut, weil nun klare Verhältnisse geschaffen werden, Stabilität einzieht und Labour sich von dem linken Irrweg lösen kann. Dieser Kommentar hätte so auch im Fokus, der WELT, Tichys Einblick oder dem Cicero erscheinen können.*

d. **Nicht für Johnson, sondern gegen Corbyn**
Warum hat Johnson diesen Kantersieg erzielt? Er ist doch für den Brexit – den aber eine knappe Mehrheit der Briten gar nicht mehr will. Grund dafür ist das desaströse Verhalten der Opposition.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung unseres Lesers G.R.: *So einfach ist das also: "Und schließlich holte Johnson auch viele Stimmen der EU-Freunde in der politischen Mitte, die ihn eigentlich für einen Hallodri halten, aber in ihm und dem Brexit im Vergleich zu einem Linksaußen Corbyn in der Downing Street das kleinere Übel sehen." Das steht – wen wundert's – auf Tagesschau.de. Mit solchen Medien wird es auch hier niemals eine Veränderung geben. Natürlich ganz im Sinne der Reichen und Mächtigen und ihrer Vasallen in den Redaktionsstuben.*

2. **Gekürzte Menschenwürde**
Um wieviel Prozent darf das Existenzminimum gekürzt werden, das gerade noch ein Leben in Würde sichern soll? Ist das Ergebnis dann eine gekürzte Menschenwürde? Wie schon beim Hartz-IV-Urteil 2010 versäumt das BverfG, die Exekutive darauf hinzuweisen, dass Grundrechte nicht nur bei Jubiläen zu feiern, sondern auch zu verwirklichen sind. Der soziale Rechtsstaat verlangt zwingend einen gerechten sozialen Ausgleich und eine faktische Geltung der Grundrechte für alle. Wie groß darf

die Kluft zwischen Arm und Reich werden? Können alle Menschen die Grundrechte in Anspruch nehmen? Die nachweisbare systematische Benachteiligung aufgrund der sozialen Lage beweist das Gegenteil. (…)
Ein ungerechtes und in der Konsequenz menschenfeindliches System von Gesetzen auf der Grundlage der neoliberalen Agenda 2010 der Koalition aus SPD und Grünen kann keine Gerechtigkeit und keine Würde hervorbringen. Nicht nur die Sanktionen, das ganze Gesetz hat repressiven Charakter. Es weist den Menschen die Schuld an ihrer Lage zu. Hartz IV ist beschlossen worden, um Menschen in Jobs im Niedriglohnsektor zwingen zu können und um die Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau zu drücken. Eine solche Politik erzeugt nicht Integration, sondern Ausschluss; sie kommt nicht ohne Strafen aus. Und auch nicht ohne Erzeugung von Ressentiments und Vorurteilen gegen die Opfer des neoliberalen Umbaus. Diesem Menschenbild – wir erinnern uns an die unsägliche Hetze von Politikern, an »Parasiten« und »Minderleister« und »spätrömische Dekadenz« – wird durch das Urteil nichts entgegengesetzt. Im Gegenteil. Aber Sanktionen sind genauso »geeignet, erforderlich und verhältnismäßig« (Kriterien aus dem Urteil) wie die Prügelstrafe in dem von mir konstruierten Eingangsbeispiel. Eine Politik und eine Rechtsprechung, die der Menschenwürde und den wirtschaftlich-sozialen Menschenrechten gerecht werden will, muss nicht nur die Sanktionen, sondern muss Hartz IV abschaffen.
Quelle: Ossietzky 23/2019

Anmerkung unseres Lesers G.R.: *Der Europäische Gerichtshof EuGH hat in einem Urteil am 12.11. klargestellt, "dass das menschenwürdige Existenzminimum nicht verhandelbar ist und unter keinen Umständen sanktioniert und mithin eingeschränkt oder entzogen werden darf und die BVerfG-Entscheidung zu Sanktionen eben nicht EU-konform seien", wie Harald Thomé (Tacheles) zusammenfasst. Demnach muss das Urteil des BVerfG einer grundsätzlichen Kritik unterzogen, die Hartz-IV-Sanktionen neu verhandelt werden. Der EuGH stellt mit dem Urteil klar, dass das menschenwürdige Existenzminimum nicht verhandelbar ist und unter keinen Umständen sanktioniert und mithin eingeschränkt oder entzogen werden darf und die BVerfG-Entscheidung zu Sanktionen eben nicht EU-konform seien.*

3. **Hartz IV und die Matching-Effizienz oder – Wozu dient die Volkswirtschaftslehre?**
Hartz IV war ein „Segen", meldet der Spiegel (hier; und hier ein Hinweis und Kurzkommentar auf den Nachdenkseiten) und lässt zu dem Thema einen Professor der Volkswirtschaftslehre der Universität Regensburg zu Wort kommen, der auch für das IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) in Nürnberg arbeitet. Das trifft

sich gut, denn ich war vergangene Woche an der Universität Nürnberg eingeladen, um genau über dieses Thema mit einem Professor der dortigen Fakultät zu diskutieren. Und, kein Wunder, ich hörte genau die gleichen Thesen, wie sie der Professor aus Regensburg im Spiegel vorträgt. Man beschäftigt sich mit den Wirkungen der Arbeitsmarktreformen und untersucht beispielsweise die sogenannte Matching-Effizienz am Arbeitsmarkt, also die Frage, ob nach den Reformen offene Stellen und Arbeitssuchende schneller zueinander fanden als vorher.
Das aber ist ein problematisches Vorgehen, wenn es um eine politisch relevante Gesamtwürdigung der Effekte von Hartz IV geht. Es basiert nämlich, wie alle diese Analysen, auf der Annahme, dass eine Ceteris-Paribus-Klausel gilt: Man geht einfach davon aus, dass außer den Hartz-Reformen im Untersuchungszeitraum nichts Wichtiges mehr passiert ist. Damit übersieht man aber von vorneherein, dass die Hartz-Reformen eine Entwicklung erheblich verstärkten, die schon seit dem Ende der 1990er Jahre angelegt war und die darauf hinauslief, die Löhne in Deutschland weit weniger stark zu erhöhen, als es von der Produktivitätsentwicklung her geboten gewesen wäre. Man wollte damals, diese Wortwahl unterschrieben im Rahmen eines Bündnisses für Arbeit im Jahr 1999 sogar die Gewerkschaften, die „Produktivität für die Beschäftigung reservieren" (dazu hier eine Würdigung aus der damaligen Zeit). Wenn man eine solche Maßnahme wie Hartz IV empirisch untersuchen will, kann und darf man die Effekte, die von der Reform als solcher ausgingen, nicht trennen von den Effekten, die von dem gesamten Komplex ausgingen, in den Hartz IV eingebettet war.
Quelle: flassbeck economics

4. **Azubimangel – Ein modernes Arbeitgeber-Märchen**
Weihnachtszeit ist Märchenzeit. Darin sind Arbeitgeber besonders gut. Doch das Märchen von fehlenden Auszubildenden hat keinen wahren Kern. Besonders in Niedersachsen gibt es zu wenige freie Stellen je Azubi. Die schlechten Ausbildungsbedingungen in vielen Branchen schrecken junge Menschen zusätzlich ab. Was Arbeitgeber tun können, um diesem Märchen ein Happy-End zu bereiten, löst das #schlaglicht Nummer 45/2019 auf. […]
Das moderne Arbeitgeber-Märchen hält einem Realitätscheck nicht stand: Auf hundert Jugendliche, die sich in Niedersachsen um eine Ausbildung bewerben, kommen nur neunzig Ausbildungsplätze. Für ein auswahlfähiges Angebot müssten es deutlich über hundert Stellen sein. Diese dürftige Angebots-Nachfrage-Relation sorgt für den letzten Platz im bundesweiten Flächenländervergleich. Aufgefächert nach Bezirken der Bundesagentur für Arbeit zeigt sich, dass nur der Raum Osnabrück annähernd im Soll ist. Alle übrigen Regionen – besonders Hameln und Nienburg – stehen grottenschlecht da (siehe Grafik). Kurzum: Es mangelt nicht an möglichen Auszubildenden, sondern an Ausbildungsplätzen!

Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

5. **Neue Erhebung: Krankenhäusern fehlen mehr als 50.000 Pflegekräfte**
   In deutschen Krankenhäusern fehlen mehr als 50.000 Pflegekräfte. Das ist ein erstes Ergebnis der Erprobung eines Pflegepersonalbemessungsinstruments (PPBI), die derzeit vom Deutsche Pflegerat (DPR), der Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) und der Gewerkschaft Verdi vorgenommen wird.
   Quelle: Ärzteblatt
6. **Schuldenbremse ist Investitionsbremse**
   Ein Gespenst geht um in Deutschland. Es ist das Gespenst des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Gemeinsam mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund kritisiert der Unternehmerverband ein nationales Heiligtum: Die Schuldenbremse und die schwarze Null. Denn wer jetzt nicht mehr investiert, kann nicht rechnen!
   Es macht jedoch keinen Sinn Investitionsbremsen abzuschaffen, um Konzernen Steuern zu senken. Wer über Schuldenberge spricht, darf auch vom Mount Everest des Geldes der Millionäre und Milliardäre nicht schweigen. Die reichsten Deutschen müssen wieder in die Pflicht für unser Land genommen werden!
   Quelle: Fabio de Masi via YouTube
7. **Eine neue Wachstumsstrategie**
   Gegen Widerstände aus mehreren osteuropäischen Staaten und von Teilen der deutschen Industrie treibt EU-Kommmissionspräsidentin Ursula von der Leyen die Pläne für einen “European Green Deal” voran. Während von der Leyen erklärt, es gehe dabei um den Klimaschutz, handelt es sich tatsächlich um eine neue Wachstumsstrategie. Diese soll, wie Experten konstatieren, einerseits mit Hilfe umfangreicher Investitionen die stagnierende Wirtschaft ankurbeln, andererseits der deutsch-europäischen Industrie zu einer führenden Position auf dem Feld modernster klimaschonender Technologien verhelfen. Erfahrungen aus der Branche der erneuerbaren Energien zeigen, dass eine globale Spitzenstellung dabei nur mit Hilfe umfangreicher Investitionen zu erlangen ist. Weil diese in Deutschland und der EU zuletzt ausblieben, haben die einst hoffnungsvollen deutschen Solarunternehmen ihre ehemalige globale Führungsposition an die Konkurrenz aus China verloren. Das Streben nach einer Spitzenstellung bei den klimaschonenden Zukunftstechnologien geht mit dem politisch-militärischen Weltmachtstreben Berlins einher.
   Quelle: German Foreign Policy
8. **Augsburger Weihnachtsmarkt: Ein merkwürdiges Verbrechen**
   In Augsburg ist ein Mann durch eine Gewalttat zu Tode gekommen. Ein anderer Mann ist verletzt worden. Die öffentliche Behandlung dieses Geschehens wirft ein grelles Schlaglicht auf den Zustand der Gesellschaft. […]
   Bitte überlegen Sie einmal, wann Sie zuletzt in ARD oder ZDF eine live übertragene

polizeiliche Pressekonferenz von 50 Minuten Dauer gesehen haben, und bei welchem Tat-Ereignis das der Fall war. Ich denke, da wird vielen gar nichts einfallen, andere werden vage Erinnerungen an Terroranschläge, andere katastrophale Ereignisse oder ungewöhnlich gravierende Ermittlungsverfahren haben. Zu den im vergangenen Jahr von der Polizei registrierten 3.200 vollendeten oder versuchten Tötungsdelikten hat die ARD, soweit ich weiß, keine Live-PK bundesweit übertragen.
Quelle: Thomas Fischer auf Spiegel Online

9. **Schwere Vorwürfe gegen das BKA – Vernehmung bestätigt folgenschwere Fehleinschätzung**
   Das macht nicht nur das Handeln des BKA fragwürdig. Auch das Bemühen des Innenministeriums, den Zeugen aus Nordrhein-Westfalen als unglaubwürdig darzustellen, erscheint nun als wahrheitswidriges Täuschungsmanöver gegenüber der Öffentlichkeit“, erklärt Martina Renner, für die Fraktion DIE LINKE Obfrau im Untersuchungsausschuss zum Terroranschlag auf dem Breitscheidplatz, mit Blick auf das heutige Geschehen im Ausschuss. Ein Beamter des nordrhein-westfälischen LKA hatte im November schwere Vorwürfe gegen das Bundeskriminalamt erhoben. Denen zufolge habe das BKA die Gefährlichkeit Amris grundlegend falsch eingeschätzt und drängte darauf, eine Quelle abzuschalten, die vor dem späteren Attentäter gewarnt hatte. Renner weiter:
   „Schon die erste Vernehmung des heutigen Zeugen von der Generalbundesanwaltschaft im Untersuchungsausschuss stützt die Angaben des LKA-Beamten. Die Auseinandersetzung um die fragwürdige Rolle des BKA und seine sachfremden Interventionen reiht sich ein in die Kette fragwürdiger Vorgänge im Verantwortungsbereich des Innenministers. So weigert sich beispielsweise der Verfassungsschutz beständig, über seine Quellen in der Islamistenszene Auskunft zu geben.“
   Quelle: DIE LINKE. im Bundestag
10. **Problemfall KSK**
    Immer neue Berichte über rechtsextreme Soldaten beim Kommando Spezialkräfte (KSK) alarmieren das Verteidigungsministerium. Nach SPIEGEL-Informationen soll der Militärgeheimdienst bei der Eliteeinheit nun genauer hinsehen. (…)
    Der Bericht von Staatssekretär Peter Tauber ist nüchtern im Ton und wird doch deutlich. So erklärt Tauber, allein die hohe Zahl von Verdachtsfällen innerhalb der Eliteeinheit lasse “in der Tat die Frage aufkommen, ob die bereits getroffenen Maßnahmen und etablierten Instrumente hinreichend sind”. Folglich habe das Ministerium ein “umfangreiches Maßnahmenpaket” beschlossen, um entschiedener gegen rechte Soldaten in der Einheit zu ermitteln. (…)
    Auch in dem Staatsekretärsschreiben wird dieser schwerwiegende Verdacht erwähnt.

Etwas umständlich heißt es dort, dass "Bezüge zwischen einzelnen Verdachtspersonen oder zu anderen Angehörigen" der Bundeswehr geprüft und dazu auch nachrichtendienstliche Mittel wie Observationen oder Telefonüberwachungen eingesetzt werden könnten. Allein der Einsatz dieser Mittel zeigt, dass die Indizien zu solchen Netzwerken in der Bundeswehr ziemlich konkret sind.
Quelle: Spiegel Online

Anmerkung Christian Reimann: *Wenn es denn wirklich so kommen sollte, wäre das zu begrüßen – nachdem offenbar jahrelang das "rechte Auge blind" war. Die NachDenkSeiten hatten auf die mögliche Existenz eines (oder mehrerer) rechter Netzwerke hingewiesen. Lesen Sie dazu bitte u.a. Fall Franco A.: Hinweise auf größeres Netzwerk in der Bundeswehr (Nachtrag: Ministerium) und "Wo bleibt die Resonanz auf die „Hannibal"-Recherche?".*

11. **Die Story im Ersten: Der Milliarden-Maurer vom Rhein**
"Der König von Köln" ist eine Satire, eine fiktionale Filmerzählung, die sich aber von realen Ereignissen in der Stadt am Rhein inspirieren ließ. Die anschließende Dokumentation erzählt die Hintergründe des tatsächlichen Geschehens – eines der größten Wirtschaftsskandale in Deutschland.
Angefangen hat Josef Esch aus dem rheinischen Troisdorf als Maurerpolier. Ein Mann aus kleinen Verhältnissen, bald ein kleiner Baulöwe an der Kölner Peripherie. Josef Esch schaffte den Aufstieg zu einem der größten und mächtigsten Immobilien-Entwickler und Vermögensverwalter des Landes. In den 90er Jahren stieg der Mann vom Bau in die ersten Kreise der Kölner Gesellschaft auf.
Quelle: ARD

Anmerkung JK: *Diesen Vorfall noch einmal zu reflektieren, führt einem zur Erkenntnis, dass Deutschland inzwischen ein bis auf die Knochen korruptes Land ist und wir in einer Scheindemokratie leben. Das Sagen hat seit jeher die deutsche Oligarchie und (immer noch) Aristokratie. Das wirft auch die Fragen nach der Kostenexplosion bei entsprechenden öffentlichen Bauvorhaben wie dem Berliner Flughafen oder Stuttgart 21 auf. Ist hier ebenfalls (politische) Korruption im Spiel? Wie dieser Dokumentation zu entnehmen war, macht der Hauptprotagonist des Kölner Korruptionsskandals, Josef Esch, einfach munter weiter seine Geschäfte, während auf der anderen Seite die politische Elite Gesetze beschließt, die Bürgern, deren einziges Vergehen darin besteht, auf staatliche Fürsorgeleistungen angewiesen zu sein, auf menschenverachtende Weise schikaniert.*

12. **Bunter Vogel flieg**

Eine graue Maus war Diether Dehm nie, zu einem bunten Vogel wurde er mit seiner Selbstbefreiung. Die schaffte er mittels eines tieferen Verständnisses von Gesellschaft als Klassengesellschaft, Kriegen als imperialistischen Kriegen, von kollektiver Gegenwehr, Solidarität – und Musik. All das half dem 1950 Geborenen auch, sich aus bedrückenden Familienverhältnissen mit einem gefürchteten, mit der NPD sympathisierenden Stiefvater zu befreien, der ihm in Erinnerung blieb »als Dreieckskopf mit Faustkeilnase und Riesenwolfsohren«, der ihn prügelte. Sein leiblicher Vater, Otto Dehm, war Arbeiter, Antimilitarist und ein bekannter Fußballspieler, später Spielerberater der BRD-Nationalmannschaft bei den Trainern Sepp Herberger und Helmut Schön. Der Sohn hat ihn geliebt.
Quelle: Neues Deutschland

13. **Zu guter Letzt: Andreas Scheuer in Wahrheit Experiment der Regierung, wie viel Inkompetenz Bürger zu ertragen bereit sind**
Berlin (dpo) – Viele haben es vielleicht schon geahnt, jetzt bestätigen Recherchen des Postillon: Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) ist offenbar Teil eines geheimen Projekts der Bundesregierung. Ziel der Operation "Bayerndussel" ist es, herauszufinden, wie viel Fehlverhalten die deutschen Bürger zu ertragen bereit sind, bevor sie endgültig die Nase voll haben.
Laut internen Dokumenten, die dem Postillon vorliegen, wurde der Posten des Verkehrsministeriums bei der Regierungsbildung 2018 gezielt mit einer "offenkundigen Karikatur eines Politikers" besetzt. So wollte man erforschen, ab wieviel dreister Inkompetenz die Bürger tatsächlich empört auf die Straßen gehen. Diese Erkenntnis wiederum wollte die Regierung nutzen, um künftig einen Maßstab zu haben, wie inkompetent Minister maximal sein dürfen. […]
Die neuesten Regieanweisungen für "Andreas Scheuer" sind daher noch einmal deutlich drastischer als zuvor. So soll er im nächsten Jahr mindestens 13 Milliarden Euro Steuergelder in die Entwicklung eines mayonnaisebetriebenen Autos investieren, eine Affäre mit einem Dieselmotor beginnen, in Interviews nur noch mit Brummgeräuschen antworten und sich die vier Audi-Ringe als Arschgeweih tätowieren lassen.
Quelle: Der Postillon